

Zu diesem Heft

„Direkte Demokratie hat europaweit Konjunktur“, so resümiert der Politikwissenschaftler Everhard *Holtmann* von der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg im „Brennpunkt“. Ohne Zweifel wird die Diskussion um den Einbau von mehr „direkt-demokratischen“ Elementen in das politische System der Bundesrepublik Deutschland in dem Maße zunehmen, wie wir uns der Bundestagswahl im nächsten Jahr nähern. Die damit verbundenen Probleme erörtert Holtmann mit dem fiktiven Spaziergänger Jean-Jacques Rousseau, der mit seinen Unterscheidungen von „Allgemeinwillen“ und „Willen aller“ bis heute für heftige Kontroversen sorgt.

Ohne das vorliegende Heft als Schwerpunktheft geplant zu haben, steht die Frage nach Demokratie, Partizipation, Öffentlichkeit und den gesellschaftlichen Voraussetzungen im Mittelpunkt fast aller anderen Beiträge. Die Erlanger Politikwissenschaftler Roland *Sturm* und Heinrich *Pehle* beleuchten die Auswirkungen der europäischen Integration für das politische System Deutschlands. Anhand von acht Thesen bzw. Modellen wird nach den Konsequenzen des „Europäisierten Regierens“ gefragt. Da die Autoren hierin einen dynamischen Prozeß sehen, dessen Voraussetzungen in den Ländern der EU zudem höchst unterschiedlich sind, können keine definitiven Antworten gegeben werden. Wichtig sei die Verankerung der aufgeworfenen Fragen im zu intensivierenden politischen Diskurs.

Was gibt es für Wege und Möglichkeiten des „Demokratie-Lernens“ – so fragt Mitherausgeberin Sibylle *Reinhardt*. Neben den institutionellen Voraussetzungen in der Schule selbst wird nach den erforderlichen Rahmenbedingungen gefragt, die – so zeigt das Beispiel – in den Neuen Bundesländern sämtlich neu geschaffen werden mußten. Im „Fazit“ wird u.a. festgehalten: politisches und soziales Lernen müssen eine Einheit sein, sonst läßt sich Demokratie weder als Interaktion noch als Prinzip vermitteln.

Auch die „Analyse“ von Thomas *Bulmahn* vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) hat mit der Verankerung der Demokratie und ihrer Basiswerte zu tun: Wie ist es um Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürgerinnen und Bürger bestellt? Bulmahn kann die ausgesprochen wichtigen und spannenden Ergebnisse auf der Basis einer breit angelegten repräsentativen Untersuchung erörtern. Sie haben durch ihre empirische Absicherung erhebliches politisches Gewicht, zumal die größten Defizite bei der Verwirklichung der Chancengleichheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit gesehen werden.

Bei drei der insgesamt vier Fachwissenschaftlichen Aufsätze ist der Bezug zum demokratischen System zwar indirekt, aber gleichwohl von großer Brisanz, weil es um Entwicklungen in zentralen gesellschaftlichen Bereichen geht.

Hans-Hermann *Hartwich* fragt nach den Auswirkungen, die der wirtschaftliche Strukturwandel für die Gewerkschaften und ihren Mitgliederbestand hat. Reichen die soeben abgeschlossenen Anpassungen – wie Gründung der großen Dienstleistungsgesellschaft „ver.di“ – aus, um dieser zentralen Organisation der Arbeitnehmer auch in Zukunft ihr gesellschaftspolitisch erforderliches Gewicht zu geben? Die „New Econo-

my“, so Hartwichts These, verändert sowohl die Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Mitgliedschaft wie für die Solidarität der Unternehmen und Branchen. Der Umstrukturierungsprozeß sei keineswegs abgeschlossen.

Öffentlichkeit ist spätestens seit Jürgen Habermas' bekannter Schrift über ihren Strukturwandel (1962) ein viel beschworenes Grundelement der Demokratie. Bernhard Schäfers, Mitherausgeber und Soziologe in Karlsruhe, erörtert die Gewährleistung dieses Prinzips im Stadtraum und zeigt, dass es hier seit der Antike eine lebendige Tradition öffentlicher Plätze gibt. Sie gelte es, trotz aller Wandlungen und aktuellen Gefährdungen, zu bewahren.

Gefährdungen der Demokratie gibt es vor allem durch die empirisch nachweisbare zunehmende Fremdenfeindlichkeit und die Erscheinungen des Rechtsextremismus. Was sind ihre sozialen Bedingungen, fragt der auf diesem Gebiet mit wichtigen Arbeiten hervorgetretene Sozialwissenschaftler Albert Scherr, Soziologe an der FHS Darmstadt und der Universität Karlsruhe. Was ist an politischen und pädagogischen Interventionen zu empfehlen? Scherrs Katalog ist breit gefächert, um den Verweigerern des immer komplexeren Modernisierungsprozesses entgegenzutreten. Zwar waren bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März des Jahres keine neuen Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien zu verzeichnen (vgl. hierzu auch die Darstellung dieser Wahlen von Petra Zimmermann-Steinhart in den „Aktuellen Informationen“), doch damit ist leider keine Entwarnung gegeben, wie Scherr die Entwicklungen zusammenfaßt.

Als neuen Mitherausgeber begrüßen wir Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil, Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Ehrendoktor der TU Budapest.

Stefan Hradil, 1946 in Frankenthal/Pfalz geboren, war von 1994-1997 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Er wurde bekannt mit seinem 1987 bei Leske + Budrich veröffentlichten Werk „Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft“ und dem inzwischen in 8. Auflage (2001 bei UTB) vorliegenden Band „Soziale Ungleichheit“ – einem Standardwerk, das mit der Geschichte des Verlages eng verknüpft ist (die erste Aufl. von 1966 war noch im Verlag Leske erschienen und von Hradils Lehrer Karl Martin Bolte, zusammen mit Dieter Kappe und Friedhelm Neidhardt, herausgegeben worden).

Mit Stefan Hradil haben wir nicht nur einen bekannten Vertreter einer empirisch fundierten und theoretisch orientierten Analyse der Gegenwartsgesellschaft gewinnen können, sondern zugleich einen Mitstreiter, der sein Engagement für die sozialkundliche Vermittlung sozialwissenschaftlicher Inhalte seit vielen Jahren bewiesen hat.

Herausgeber und der Verleger Edmund Budrich gratulieren sehr herzlich Prof. em. Wolfgang Hilligen, der am 13. Mai in Wiesbaden seinen 85. Geburtstag feierte. Professor Hilligen war unserer Zeitschrift über lange Jahre eng verbunden, nicht nur während seiner Zeit als Mitherausgeber von 1974 bis 1987. Zu seiner Verabschiedung aus dem Herausbergremium schrieben wir (vgl. Heft 1/1987): „Wolfgang Hilligen war der letzte Vertreter der traditionsreichen 'GSE' (Gesellschaft – Staat – Erziehung) ...nach der Zusammenführung der beiden Zeitschriften GSE und GEGENWARTSKUNDE“.

Hilligen war ohne Zweifel einer der einflußreichsten Theoretiker und Buchautoren der politischen Bildung in der Geschichte der Bundesrepublik. 1985 erschien seine „Didaktik des politischen Unterrichts“ in vierter Auflage; das zusammen mit Hanno Drexler und Franz Neumann herausgegebene Lexikon „Gesellschaft und Staat“ wird bald in 10. Auflage vorliegen und ist damit eines der erfolgreichsten Werke auf diesem Gebiet. – Wir wünschen ihm in freundschaftlicher Verbundenheit alles Gute und uns für die GEGENWARTSKUNDE weiterhin seine kritische Aufmerksamkeit.

Die Herausgeber